

KURDEN

Türken dürfen
in Irak vordringen

Abkommen zur Verfolgung
von PKK-Kämpfern fixiert.

ISTANBUL (ag.). Der türkischen Armee soll es künftig erlaubt sein, kurdische PKK-Rebellen auch auf irakischem Gebiet zu verfolgen. Dies sieht ein Abkommen vor, das am Mittwoch türkischen Angaben zufolge die Innenminister beider Länder fixiert haben. Die PKK, die seit den 70er-Jahren gegen den türkischen Staat kämpft, wird darin offiziell als Terrororganisation eingestuft. Als solche gilt sie auch in den USA und der EU.

Die Türkei und der Irak entschärfen mit dem Abkommen einen seit Jahren schwelenden Konflikt: Die PKK hat im kurdisch dominierten Nordirak ein Rückzugsgebiet. Die türkische Armee forderte deshalb mehrfach Grünes Licht für einen Einmarsch im Nordirak und führte auch zahlreiche Militärationen über die Grenze hinweg durch, sehr zum Missfallen der Regierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung in Erbil.

Diese dürfte von dem Abkommen, das der schiitische Innenminister Jawad al-Bulani nun mit Ankara schloss, wenig begeistert sein. Ob der Plan zur Zusammenarbeit gegen die PKK umgesetzt werden kann, wird auch von Erbil abhängen.

AFGHANISTAN

165 Taliban getötet:
Schwerste Kämpfe
seit Invasion 2001

KABUL (ag.). Bei schweren Gefechten im Süden Afghanistans töteten die Armee und die verbündeten internationalen Truppen am Mittwoch mindestens 165 radikal-islamische Taliban-Kämpfer. Auch ein Soldat der Koalitionstruppen ist gefallen. In der Provinz Helmand, wo rund 100 Taliban ums Leben kamen, toben seit Wochen die schwersten Kämpfe, seit eine US-geführte Intervention die Taliban 2001 von der Macht vertrieben hat.

Mittlerweile haben sich die Islamisten in den südlichen, an Pakistan grenzenden Provinzen, neu formiert und machen wieder vermehrt durch Angriffe, Anschläge und Entführungen auf sich aufmerksam. In Helmand hat die Regierung die Kontrolle seit Monaten ganz verloren, die Aufständischen haben dort sogar eine Art Regierung eingerichtet.

inkürze

Al-Qaida will Europäer

Das Terrornetzwerk al-Qaida rekrutiert für Anschläge gezielt Europäer, da sie ohne Visum in die USA reisen könnten, sagte US-Gehemdienstchef Mike McConnell. Die Rekruten würden in Pakistan das Bauen von Bomben lernen.

Unmik-Vize-Chef im Visier

Die UNO ermittelt gegen den Vizechef ihrer Zivilverwaltung im Kosovo, Steven Schook. Ihm werden „aggressives“ Verhalten und zu enge Beziehungen zu Ex-Premier Haradinaj vorgeworfen, der vom Haager Kriegsverbrechertribunal angeklagt wurde.

Polen: TV-Chef als Spitzel?

Andrzej Urbanski, Chef von Polens Staats-TV, soll dem KP-Gehemdienst 1981 eine Loyalitätserklärung abgegeben haben. Dies geht aus Informationen des „Instituts für das Nationale Gedächtnis“ hervor. Urbanski dementierte.

Wege aus der Atom-Sackgasse

IRAN. Präsident Ahmadinejad erklärt den Nuklear-Streit für beendet. Ein frommer Wunsch. Aber wie könnte eine Lösung tatsächlich aussehen? Eine Zusammenschau aktueller Expertisen.

VON THOMAS SEIFERT

Nuklearfrage abgehakt, weiter zum nächsten Punkt. Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad überraschte die UN-Vollversammlung mit dieser recht eigenwilligen Interpretation des Atomstreits. „In unseren Augen ist Irans Nuklearfrage als politische Angelegenheit beendet“, sagte er.

Reaktion aus dem Büro von IAEA-Generaldirektor Mohammed ElBaradei: „Kein Kommentar.“ Wie der IAEA-Chef über Ahmadinejads jüngste Wortmeldung denkt, ist nicht zu ergründen, in seinem Wiener Büro hält man sich mit Stellungnahmen zum Atomstreit zurück, nachdem US-Außenministerin Condoleezza Rice den IAEA-Chef zuletzt gerüffelt und dessen „politische Statements“ kritisiert hatte. ElBaradeis „Vergehen“: Er hatte vor einem Kriegsgerede-Hype gewarnt und im Alleingang einen Plan mit dem Iran ausgearbeitet.

Der ElBaradei-Plan

Dieser Plan sieht vor, dass die iranische Regierung innerhalb von drei Monaten alle technischen Fragen bezüglich des Atomprogramms beantworten und ein für alle Mal dessen friedliche Natur klären soll.

Iran sei nun auch bereit, Hintergründe eines Dokuments zu klären, das Teheran mit ziemlicher Sicherheit von Abdul Qadeer Khan, dem Vater der pakistanischen Atombombe, erhalten hatte. Darin wird erklärt, wie man waffenfähiges Uran zu sogenannten Hemisphären formt, eine Form, die man zum Bau einer Bombe benötigt.

Liefert der Iran tatsächlich alle Informationen und demonstriert nachhaltige Bereitschaft zur Transparenz, dann könnte die Krise tatsächlich gelöst werden, glaubt man in Wien. ElBaradei sagte in der jüngsten Ausgabe des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“: „Das ist ein Lackmusestest für den Iran. In zwei, drei Monaten werden wir sehen, ob es Teheran ernst ist, endlich Klarheit zu schaffen.“ – Und wenn der Iran nur auf Zeit spielt? ElBaradei: „Dann wird niemand – wirklich niemand – dem Iran zur Seite springen, wenn härtere Sanktionen oder andere Strafmaßnahmen verlangt werden.“

Problemanalyse & Lösungsansätze

Wie kann es also weitergehen. Der Österreicher Wolfgang Danspeckgruber, Leiter des „Liechtenstein Institute of Self-Determination“ an der Universität Princeton lud schon im Sommer eine hochkarätige Runde aus Diplomaten und Experten aus den USA, Ländern der EU und der Schweiz, Saudi Arabien, Israel und dem Iran nach Liechtenstein, um das Problemknäuel Iran zu entwirren.

„Die Presse“ berichtet unter der Auflage, die teils brisanten Gesprächsinhalte nicht ihren Urhebern zuzuordnen.

1 Der Atomstreit und die iranische Innenpolitik

Innerhalb des iranischen Regimes gebe es einen Streit zwischen „brinkmen“ („Gratwanderern“) und „normalizers“ („Normalisierern“). Für die „Gratwanderer“ sei der Nuklearstreit ein willkommenes Instrument, eine Annäherung an den Westen, wie sie der frühere Präsident Mohammed Khatami angestrebt hat, zu hintertreiben. Ein Beobachter der iranischen Innenpolitik fügte hinzu, dass das Nuklearprogramm sich im Land



Irans Präsident Ahmadinejad am heißen Stuhl der UN-Vollversammlung. [EPA]

HINTERGRUND. Liechtenstein Institute

Iran & Afghanistan gehören mittlerweile zu den Spezialgebieten des an der renommierten US-Eliteuniversität Princeton angesiedelten Liechtenstein Institute on Self-Determination. Das Institut wird vom Österreicher Wolfgang Danspeckgruber geleitet. Er versammelt in regelmäßigen

Abständen eine Gruppe, die aus hochrangigen Experten besteht. Teilnehmer bei den Konferenzen waren über die Jahre unter anderem der saudische Prinz Turki al-Faisal, der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer oder der frühere US-Kommandant in Afghanistan, General Karl Eikenberry.

breiter Zustimmung quer durch die politischen Lager erfreut.

2 Unruheherd Iran oder stabilisierender Faktor?

Es geht nicht allein um die Nuklearfrage, sondern auch um Irans wachsenden Einfluss in der Golfregion seit dem Fall Saddam Husseins im Irak: Die Sorge Saudi Arabiens und anderer arabischer Län-

te einen iranischen Vertreter, dass etwa Saudi Arabien ebenfalls „auf die Bedrohung durch einen nuklear bewaffneten Iran reagieren muss.“ Es ist also nicht nur Israel, das sich bedroht fühlt, das gesamte Machtgleichgewicht in der Region könnte ins Rutschen kommen, ein Wettüben im Nahen Osten wäre die Folge.

Harte Gangart stärkt Regime

Ein westlicher Diplomat mit guten Drähten nach Kabul erinnert daran, dass der Iran durchaus zu „konstruktivem Handeln“ fähig sei, was die Regierung bei der Stabilisierung Afghanistan nach dem Sturz der Taliban bewiesen hätte.

Ein zweiter sekundierte und meinte, es gelte nun, „kühlen Kopf“ zu bewahren. Es bestehe die Chance auf „interne Korrekturen“, sei es bei den iranischen Parlamentswahlen im März 2008, sei es bei den Präsidentenwahlen 2009. „Der Versuch eines Regimewechsels stärkt nur die radikalen Kräfte“, warnte dieser Diplomat. Der Wechsel im Weißen Haus nach den US-Wahlen im November 2008 böte ebenfalls die Chance auf einen neuen US-Kurs im Bezug auf den Iran. Ein US-Experte mit iranischen Wurzeln gab zu bedenken, dass ein „schwacher Iran eine Gefahr, ein starker Iran ein stabilisierender Faktor“ sei.

3 „Cold Suspension“ – Der kalte Stopp

Die Experten stimmten überein, dass der Iran derzeit rund 3000 Zentrifugen zur Uran-Anreicherung vorbereitet hat, einer der Experten schätzte, dass der Iran zwischen 2010 und 2015 im Besitz einer Nuklearwaffe sein könnte. Die Lösungsansätze waren breit gefächert: Ein Referent, der über eine hohe Kompetenz in technischen Fragen verfügt, arbeitete einen Kompromiss aus, der beide Konfliktparteien das Gesicht wahren lässt. Eine sogenannte „cold suspension“ der Anreicherung, also ein „kalter Stopp“ würde so funktionieren: Dem Iran würde erlaubt, dass er seine Zentrifugen zur Uran-Anreicherung weiter betreibt und testet. Allerdings dürfte kein Uran-Hexafluorid, jenes Gas, in dessen Form die nicht spaltbaren ²³⁸Uran-Isotope von den leichteren, spaltbaren ²³⁵Uran-Isotopen getrennt werden, eingeleitet werden. Der Iran muss seine Zentrifugen nicht abstellen, kann aber dennoch nicht anreichern.

4 „Grand Bargain“ – die Lösung aller Probleme

Der verführerische Plan: Die positive Erledigung des Nukleardossiers als Auftakt zu einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Iran und den USA. Ein höchst ambitioniertes Unterfangen, denn der Iran hat im Libanon, im Irak und auch in Afghanistan seine Finger im Spiel.

Weiters spricht dagegen, dass der Antiamerikanismus eine der ideologischen Säulen der Islamischen Republik ist. Nimmt man diese Säule weg und setzt auf Öffnung und Entspannung, dann droht das Ende des *Velayat-e faqih* (Gottesstaat) – so wie die Sowjetunion die Ära von Perestroika und Glasnost nicht überlebt hat.

Möglicherweise setzt der Westen aber genau darauf.

Ahmadinejad: Zitate des iranischen Präsidenten und Bilder der Demos
diepresse.com/iran